

Entwicklung der Altersarmut in Deutschland

JAN GOEBEL UND MARKUS M. GRABKA

Jan Goebel, DIW Berlin – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, E-Mail: jgoebel@diw.de
Markus M. Grabka, DIW Berlin – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, E-Mail: mgrabka@diw.de

Zusammenfassung: Seit dem Jahr 2000 sinken die von der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) ausgezahlten individuellen Beträge für männliche Neurentner. Wer heute in Rente geht, erhält im Schnitt sieben Prozent weniger als jemand, der noch vor zehn Jahren in den Ruhestand wechselte. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Bezieher von Grundsicherung im Alter seit 2003 deutlich zu. Dennoch zeigt sich, dass das generelle relative Armutsrisko für ältere Menschen in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren in etwa gleich geblieben ist – obwohl das Armutsrisko für die Gesamtbevölkerung anstieg. Eine potentiell dämpfender Faktor sind veränderte Haushaltsstrukturen. Der Anteil der in Paarhaushalten lebenden älteren Menschen hat in den vergangenen 20 Jahren deutlich zugenommen. Vor dem Hintergrund der vergangenen Rentenreformen mit einer stärkeren Betonung der privaten Altersvorsorge, kann zudem aufgezeigt werden, dass bei den derzeit im Ruhestand befindlichen Personen diese Säule der Alterssicherung noch von geringer Bedeutung ist und je nach Einkommenshöhe variiert. Letztlich werden zur Beschreibung der Wohlfahrtsposition älterer Menschen neben den laufenden Einkommen auch deren individuelle Nettovermögen analysiert. Immerhin ein Fünftel aller Personen, die von relativer Einkommensarmut bedroht sind, können auf nennenswertes Vermögen zurückgreifen. Bei den älteren Menschen ist dieser Anteil deutlich höher und macht mehr als ein Drittel aus. Damit ergibt sich insgesamt ein Anteil von zehn Prozent älterer Menschen, die sowohl ein Einkommen unterhalb der Armutsriskoschwelle aufweisen als auch über keine nennenswerten Vermögen verfügen.

Summary: Since 2000, the individual monthly payments from the Germany Statutory Pension Insurance Scheme (GRV) to new male pensioners have been declining. Those entering retirement today receive an average of 7 percent less than those who retired ten years ago. At the same time, the number of recipients of old-age basic income support (Grundsicherung im Alter) has risen significantly since 2003. Nevertheless, our findings show that the general relative poverty risk for older people in Germany has remained roughly constant over the last ten years—although the poverty rate of the population as a whole has been increasing. Changing household structures may be a moderating factor: the percentage of older persons living in couple households has increased substantially in the last 20 years. Despite recent pension reforms designed to encourage private pension saving, we found that for those currently in retirement, the prevalence of private pensions is still low and varies depending on income. Finally, to describe the welfare situation of older people, we analyzed not only current income but also individual net worth. We found that one-fifth of all persons living near the poverty line possess substantial assets that they can fall back on. Among the elderly, this percentage is substantially higher: more than one-third of all people over 65. The results also show that 10 percent of elderly people have an income below the poverty line and also lack any sizeable assets.

- JEL Classification: D31, D33, I32
- Keywords: Poverty risk, old age, SOEP

I Motivation

Das Auftreten von Armut im Alter ist für die Sozialpolitik ein Problem mit speziellem Handlungsbedarf. Anders als bei anderen von Armut betroffenen Personengruppen sind die zu erwarteten Einkommensmobilitäten, die einen Austritt aus der Armut ermöglichen könnten, gering. Mit dem Eintritt in den Ruhestand werden keine weiteren Anwartschaften an die diversen Alterssicherungssysteme mehr erworben, das Maximum an Anwartschaften an die Alterssicherungssysteme ist bereits erreicht. Die Höhe der regelmäßig bezogenen Renten ist festgelegt und wird sich nur durch eventuelle Rentenanpassungen ändern. Die ökonomische Situation eines Rentners ist damit maßgeblich determiniert und ändert sich für gewöhnlich nur durch Erbschaften und Schenkungen oder Veränderungen der Haushaltsskonstellation (unter anderem Bezug einer Witwen-/Witwerrente bei Tod des Ehepartners). Ist der Renteneintritt durch eine unterdurchschnittliche Einkommensposition gekennzeichnet, ist das Risiko groß, dass solch eine Person dauerhaft in Altersarmut lebt. Durch eigene Erwerbstätigkeit auch nach dem Beginn der Rentenphase kann das Risiko für Altersarmut abgemildert werden, jedoch treten insbesondere im höheren Alter verstärkt gesundheitliche Probleme auf, die einerseits zusätzliche Ausgaben in Form von Behandlungskosten generieren und andererseits eine Erwerbstätigkeit ausschließen können. Altersarmut kann so zu einer ausweglosen Lage für ältere Menschen werden.

Im folgenden Beitrag soll die Entwicklung von Altersarmut und die ökonomische Situation älterer Menschen in Deutschland beschrieben werden. Neben der ersten Säule der Alterssicherung, die in Deutschland für die Mehrheit der Bevölkerung aus der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) besteht, sollen auch weitere Einkunftsarten aus der 2. und 3. Säule der Alterssicherung (Betriebsrenten und private Absicherung) dargestellt werden, um eine umfassende Beschreibung der Einkommenssituation der älteren Bevölkerung vornehmen zu können. Neben laufenden Rentenzahlungen aus privaten Versicherungen zählt zur 3. Säule der Alterssicherung auch das private Vermögen zum Beispiel in Form von Immobilien oder Lebensversicherungen. Bislang liegen kaum Analysen vor, die die laufenden Einkommen und das Vermögen gleichzeitig berücksichtigen, um die Wohlfahrtsposition älterer Menschen umfassend darzustellen. Der vorliegende Beitrag zeigt auf, wie groß das Ausmaß von Einkommensarmut bei Berücksichtigung der Vermögenssituation älterer Menschen ist. Letztlich wird ein Ausblick über die zu erwartende Entwicklung der Altersarmut in Deutschland gegeben.

2 Entwicklung der Rentenzahlbeträge bei Neurentnern

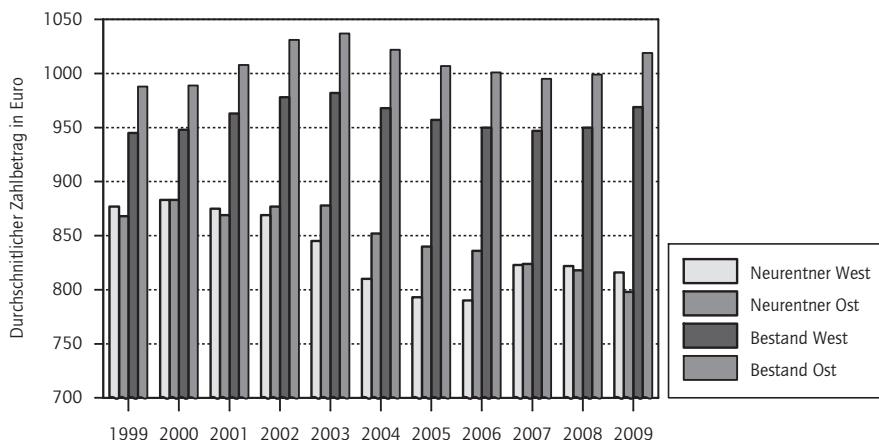
Für die große Mehrheit der Bevölkerung stellt die Gesetzliche Rentenversicherung den zentralen Pfeiler ihrer Alterssicherung dar. Die Höhe der durchschnittlichen GRV-Zahlbeträge bei Rentnern gibt daher einen ersten Einblick über die ökonomische Situation älterer Menschen in Deutschland. In Abbildung 1 wird, beschränkt auf männliche Rentner, eine Unterscheidung nach Ost- und Westdeutschland vorgenommen und zudem nach Bestands- und Neurentnern getrennt.¹ Im Verlauf der letzten zehn Jahre zeigt sich, dass die Höhe der durchschnittlichen Zahlbeträge bei Bestandsrentnern in Ostdeutschland mit rund 1 000 Euro durchweg um 50 Euro

¹ Zu der Gruppe der Neurentner zählen Personen, die seit dem letzten Berichtsjahr in der GRV eine Rente neu bezogen haben (Rentenzugang).

Abbildung 1

Entwicklung der durchschnittlichen Zahlbeträge von Bestands- und Neurentnern der GRV – Nur Männer

1999-2009



Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund (2010).

höher ausfällt als in Westdeutschland. Demgegenüber fallen die Zahlbeträge für die Gruppe der Neurentner durchweg deutlich geringer aus als für Bestandsrentner. Lagen im Jahre 1999 die Neurentner in Westdeutschland (Ostdeutschland) nur knapp 70 (120) Euro hinter den Bestandsrentnern, so ist bis zum Jahre 2009 diese Differenz stark angewachsen und beträgt nun rund 150 (220) Euro. Auffallend ist zudem, dass für Neurentner seit dem Jahr 2000 die nominalen Zahlbeträge deutlich gesunken sind. Aktuell beläuft sich die Höhe des Zahlbetrags bei einer Neurente in Westdeutschland nur noch auf rund 820 Euro beziehungsweise 800 Euro in Ostdeutschland. Damit liegt die durchschnittliche Rente bei Männern, die eine Rente neu bezogen haben, nur noch wenig über dem Niveau der Grundsicherung im Alter. Die Entwicklung bei den Zahlbeträgen für Frauen verlief anders, wenngleich auf einem deutlich niedrigeren Niveau, insbesondere bei den Bestandsrentnerinnen.

Ursachen für die rückläufigen Zahlbeträge bei Neurentnern dürften vor allem Erwerbsunterbrechungen in Form von Arbeitslosigkeit und dem vorzeitigen Bezug einer Rente vor der Regelaltersgrenze mit damit verbundenen Abschlägen sein. Bei Versichertenrenten mussten im Jahre 2009 65 Prozent der männlichen Neurentner in Ost- und 50 Prozent in Westdeutschland Abschläge in Kauf nehmen (Deutsche Rentenversicherung Bund 2010). Die Höhe dieser Abschläge summierte sich im Durchschnitt auf rund 100 Euro. Bei Rentnerinnen in Ostdeutschland machte der Anteil derer, die mit Abschlägen in die Rente gegangen sind, sogar 82 Prozent aus – in Westdeutschland lag dieser Wert bei 52 Prozent.

Berücksichtigt man noch die Inflation, so verschlechtert sich das Bild deutlich. Vergleicht man den Realwert des durchschnittlichen Zahlbetrags einer GRV-Rente für Männer des Jahres 1999

mit dem entsprechenden Wert aus 2009, so kann ein inflationsbedingter Verlust von rund zwölf Prozent konstatiert werden.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen sowohl bei den Bestands- als auch bei den Neurentnern stellt sich die Frage, ob das Risiko für Einkommensarmut im Alter generell zugenommen hat oder ob andere Einkommensquellen oder auch Einkommen von anderen Haushaltsgliedern dazu geführt haben, die Wohlfahrtsposition von älteren Menschen in Deutschland zu sichern. Diese Fragestellung ist insbesondere vor dem Hintergrund der grundsätzlichen Neuausrichtung der Alterssicherung in Deutschland mit einer stärkeren Betonung der privaten Absicherung für das Alter von Bedeutung.

3 Entwicklung des Armutsrisikos und des Einkommensportfolios

Ein erster Hinweis auf ein zunehmendes Risiko für Altersarmut liefert die Zahl der Empfänger der Grundsicherung im Alter, die als bedarfsorientierte Sozialleistung für hilfebedürftige Personen das letzte Netz der sozialen Sicherung für ältere Menschen in Deutschland darstellt.²

Die Zahl der Empfänger von Grundsicherung im Alter ist seit deren Einführung im Jahre 2003 deutlich am steigen. Waren in 2003 noch knapp 258 000 Personen beziehungsweise berechtigt, so ist die Zahl der Betroffenen auf knapp 400 000 in 2009 gestiegen (Abbildung 2).³ Hierbei muss angemerkt werden, dass auch die Zahl älterer Menschen zugenommen hat. Laut Statistischem Bundesamt ist die Zahl der Personen über 64 Jahren zwischen 2003 und 2009 um knapp 14 Prozent gestiegen, die Steigerungsraten bei der Grundsicherung im Alter liegen jedoch deutlich höher, für Deutsche mit 54 Prozent und für Ausländer mit 59 Prozent dabei aber auf einem ähnlich hohen Niveau. Zu betonen ist die deutliche Überrepräsentierung der ausländischen Bevölkerung, die mit circa 20 Prozent mehr als das Doppelte ihres Bevölkerungsanteils ausmacht.

Das Niveau der Grundsicherung im Alter kann als absolute Armutsschwelle aufgefasst werden. Eine ausreichende gesellschaftliche Teilhabe ist damit nicht gewährleistet, da in der Regelsatzberechnung nicht alle relevanten Bedarfe berücksichtigt werden (Becker 2010).

Im Folgenden wird aus diesem Grund das relative Einkommensarmutskonzept gemäß der europäischen Sozialberichterstattung⁴ verwendet. Das Armutsrisiko ist hier definiert als ein bedarfsgewichtetes verfügbares Einkommen von weniger als 60 Prozent des Medians der Gesamtbevölkerung.⁵ Zu Grunde gelegt wird dabei das verfügbare Einkommen (nach Steuern und sozialen Transfers) des Haushaltes im Vorjahr. Im Jahre 2009 lag die Armutsschwelle, also der Wert, ab

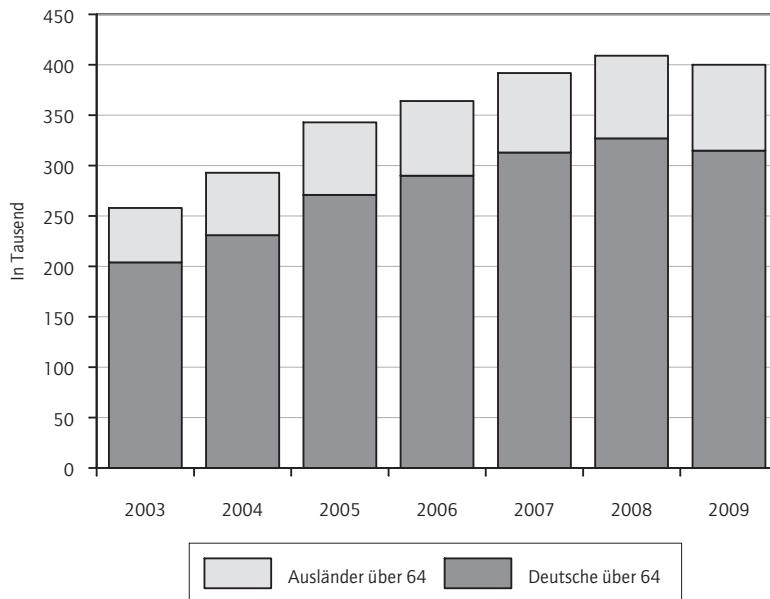
2 Neben der Grundsicherung im Alter werden Transferleistungen im Falle von Pflegebedürftigkeit auch von der klassischen Sozialhilfe gewährt.

3 Dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von 2,5 Prozent aller Personen im Alter über 64 Jahren.

4 Für die europäische Sozialberichterstattung werden die sogenannten Laeken-Indikatoren von jedem EU-Mitgliedsland jährlich errechnet, vgl. Atkinson et al. (2002).

5 Als Bedarfsgewicht wurde die modifizierte OECD-Äquivalenzskala verwendet, dabei erhält der Haushalt vorstand ein Gewicht von 1, Kinder bis 14 Jahren ein Gewicht von 0,3 und alle weiteren Personen ein Gewicht von 0,5.

Abbildung 2

Empfänger von Grundsicherung im Alter nach Nationalität

Quelle: Statistisches Bundesamt (2011a).

dem eine Person nicht mehr von relativem Armutsrisko bedroht war, bei 935 Euro für einen Eipersonenhaushalt.

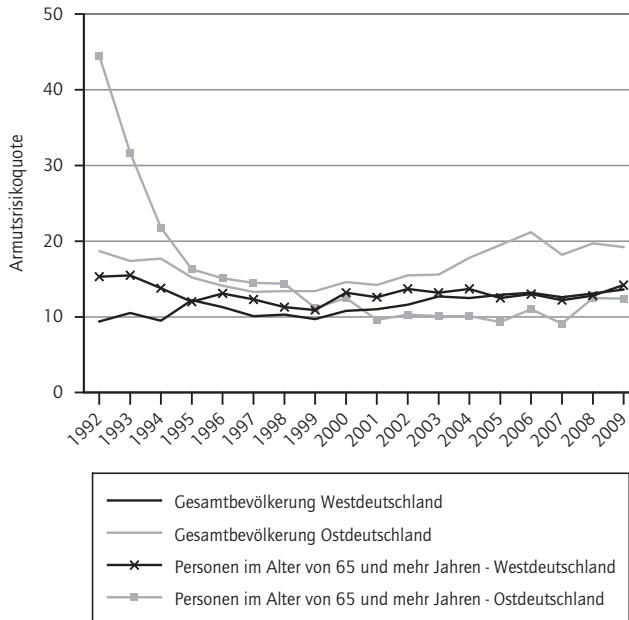
In Abbildung 3 ist der Verlauf der Armutsriskoquote für Ost- und Westdeutschland ausgewiesen, zum einen für die Gesamtbevölkerung des jeweiligen Landesteils und zum anderen für Personen im Alter ab 65 Jahren. In Westdeutschland war in den 90er Jahren das Armutsrisko bei älteren Menschen fast durchweg höher als in der Gesamtbevölkerung. Im Jahr 1992 lebten etwa 15 Prozent der älteren Menschen in Westdeutschland unterhalb der Armutsriskoschwelle. Dies waren knapp sechs Prozentpunkte mehr als bei der Gesamtbevölkerung. Bis Mitte der 2000er Jahre hat sich das Armutsrisko der älteren Menschen in Westdeutschland und das der Gesamtbevölkerung angenähert und verläuft seitdem auf gleichem Niveau. Das Armutsrisko für die Gesamtbevölkerung ist in Westdeutschland seit der Jahrtausendwende deutlich angestiegen und erreicht am aktuellen Rand seinen bisherigen Höchstwert von 13,6 Prozent.

Für Ostdeutschland lässt sich eine andere Entwicklung konstatieren. Während des Transformationsprozesses bis Mitte der 90er Jahre lag das Armutsrisko der älteren Menschen in Ostdeutschland zum Teil markant über dem der Gesamtbevölkerung, nahm aber schnell und stetig bis zum Jahr 1999 ab. Dies kennzeichnet auch das Jahr, bei der das Armutsrisko der älteren Menschen in Ostdeutschland erstmals unterhalb des Risikos der Gesamtbevölkerung in Ostdeutschland fiel. Seitdem schwankt das Armutsrisko für die älteren Menschen in Ostdeutschland zwischen zehn Prozent und zwölf Prozent, während für die Gesamtbevölkerung in Ostdeutschland ein ausgeprägter Zuwachs von relativer Einkommensarmut zu beobachten ist. Im Jahr 2005 lag das

Abbildung 3

Armutsrisiko in der Gesamtbevölkerung und von Personen im Alter ab 65 Jahren nach Region

1992-2009



Quelle: SOEP v26, Personen in Privathaushalten.

Armutsrisiko der Gesamtbevölkerung in Ostdeutschland mit knapp 20 Prozent um gut zehn Prozentpunkte über dem entsprechenden Wert der älteren Menschen im Ostteil des Landes. Seitdem nähern sich die Quoten wieder etwas an, der Abstand beträgt aber weiterhin knapp sieben Prozentpunkte. Ursache für das weitaus höhere Armutsrisiko für den jüngeren Bevölkerungsteil in Ostdeutschland ist die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit, von der definitionsgemäß Personen im Ruhestand nicht mehr betroffen sind, und das im Vergleich zu Westdeutschland geringere Lohnniveau (Goebel et al. 2010).

Insgesamt zeigt sich, dass das Armutsrisiko für ältere Menschen in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren in etwa gleich geblieben ist. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung der jeweiligen Landesteile liegt die Armutsrisikoquote von Älteren im Westen gleichauf, im Osten ist sogar ein geringeres Armutsrisiko für ältere Menschen zu beobachten. Differenziert man zusätzlich nach dem Status der älteren Menschen, so zeigt sich, dass Altersarmut bei Pensionärshaushalten faktisch nicht auftritt. Das Armutsrisiko dieser Gruppe lag im Beobachtungszeitraum bei weniger als einem Prozent.

Diese vergleichsweise positive Entwicklung bei der Armutsrisikoquote von älteren Menschen kann auch das Ergebnis von Veränderungen der Haushaltstrukturen sein, in denen diese Personen leben. In Abbildung 4 wird daher das Armutsrisiko nach dem Haushaltstyp ausgewiesen.

Mehr als die Hälfte der älteren Bevölkerung lebt mit einem Ehe-/Partner zusammen (Grabka und Frick 2010).

Das Armutsrisko dieser Zweipersonenhaushalte hat sich in den vergangenen fast zwei Jahrzehnten deutlich verändert. Zu Beginn der 90er Jahre wiesen diese ein leicht überdurchschnittliches Armutsrisko im Vergleich zur Gesamtbevölkerung auf. Bis zum Jahr 1999 ist dieses bis auf rund fünf Prozentpunkte gesunken und lag damit nur halb so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Seitdem macht das Armutsrisko dieser Gruppe rund zehn Prozentpunkte aus und liegt damit weiterhin deutlich unter dem entsprechenden Wert für die Gesamtbevölkerung. Dieses vergleichsweise geringe Armutsrisko für die Mehrheit der älteren Bevölkerung kommt vor allem durch den haushaltsinternen Umverteilungsprozess zustande, bei der eventuell geringe Einkommen des einen Partners durch entsprechende Einkünfte des anderen ausgeglichen werden.⁶ Erst wenn dieses Ausgleichssystem nicht ausreichend sein sollte, kommt staatliche Aktivität zum Beispiel durch die Gewährung von Grundsicherung im Alter zum Tragen. Entsprechend gering sind die Inanspruchnahmekoten für die Grundsicherung im Alter, die im Jahre 2009 bei 2,5 Prozent der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren lag (Statistisches Bundesamt 2011b).

Bei Einpersonenhaushalten entfällt definitionsgemäß die Möglichkeit eines haushaltsinternen Umverteilungsprozesses. Entsprechend ist auch das Armutsrisko bei allein lebenden älteren Menschen deutlich höher als in der Gesamtbevölkerung. Zu Beginn der 90er Jahre machte die Quote bei dieser Gruppe rund 30 Prozent aus, was auf die schwache Einkommenssituation von älteren Menschen in Ostdeutschland zurückzuführen ist. Mitte der 90er Jahre pendelte sich das Armutsrisko dieser Personengruppe bei rund 20 Prozent ein. Bei den Hochaltrigen – Personen im Alter ab 75 Jahren – ging das Armutsrisko Mitte der 2000er Jahre sogar auf rund 17 Prozent zurück. Am aktuellen Rand erreicht dieser Wert aber wieder mehr als ein Fünftel. Differenziert nach dem Geschlecht muss konstatiert werden, dass das Armutsrisko von allein lebenden hochaltrigen Frauen – überwiegend Witwen – nochmals drei bis vier Prozentpunkte über diesem Wert liegt. Altersarmut ist demnach vor allem bei alleinlebenden älteren Menschen, insbesondere älteren Frauen, anzutreffen.

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, ob die Haushaltsstrukturen, in denen ältere Menschen leben, sich in den vergangenen Jahren verändert haben, da ex ante die generelle Zunahme von Einpersonenhaushalten bei gegebenem Einkommensniveau zu einer Zunahme von Ungleichheit und unter Umständen auch zu einem zunehmenden Armutsrisko führen kann (Goebel und Krause 2007, Peichl et al. 2010). Abbildung 5 gibt den Bevölkerungsanteil von älteren Menschen nach dem Haushaltstyp an. Ausgewiesen sind nur Einpersonen- und Paarhaushalte, da in diesen mehr als 95 Prozent aller Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren leben. Im Jahr 2008 lebten rund 17 Millionen Menschen in Deutschland, die das 65. Lebensjahr bereits erreicht hatten. Von diesen lebten gut 62 Prozent mit einem Lebens- oder Ehepartner zusammen, 34 Prozent wohnten alleine – weit überwiegend allein lebende Frauen, der restliche Teil lebt in Mehrgenerationenhaushalten oder sonstigen Haushaltsskonstellationen.

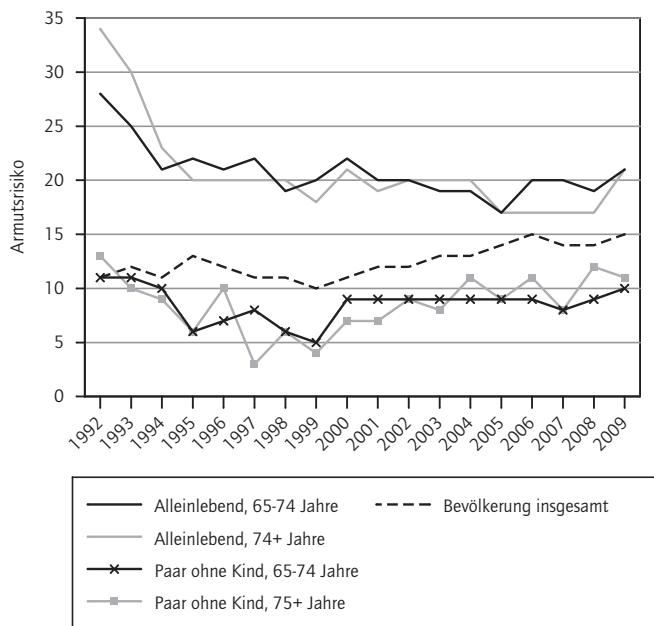
Betrachtet man die Veränderung der Bevölkerungsanteile älterer Menschen über die Zeit hinweg, so fällt auf, dass sich der Anteil der Einpersonenhaushalte mit älteren Menschen an der

⁶ Zudem wirkt sich hier die unterstellte modifizierte OECD-Äquivalenzskala auf die Höhe der Armutsquote aus, da bei einer höheren Gewichtung der Bedarfe weiterer Haushaltsteilnehmer die Armutsriskokoquote bei Mehrpersonenhaushalten entsprechend höher im Vergleich zu Einpersonenhaushalten ausfallen würde.

Abbildung 4

Armutsrisiko nach Haushaltstyp

1992-2009



Quelle: SOEP v26, Personen in Privathaushalten.

Gesamtbevölkerung seit 1992 nur wenig verändert hat. Der Anteil der alten Alleinlebenden (65 bis 74 Jahre) ist gerade einmal um einen Prozentpunkt gestiegen, der der hochaltrigen Alleinlebenden (75 und mehr Jahre) bleibt stabil um vier Prozent.

Anders verhält es sich mit den Paarhaushalten. Vor allem für die Gruppe der 65- bis 74-Jährigen, die in Paarhaushalten leben, ist der Bevölkerungsanteil um vier Prozentpunkte deutlich gestiegen. Aber auch bei den Hochaltrigen in Paarhaushalten (älteste Person 75 Jahre und älter) ist ein steigender Bevölkerungsanteil zu beobachten.

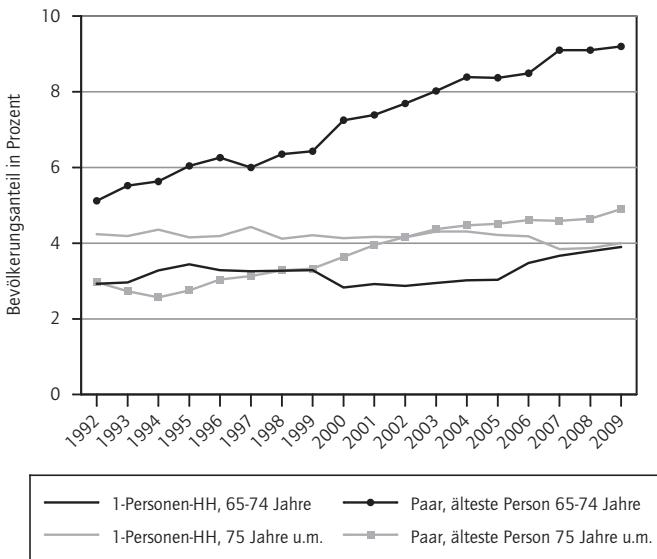
Aufgrund des steigenden Anteils von Paarhaushalten unter älteren Menschen steigt somit auch die Kompensationsmöglichkeit von geringem Einkommen im Haushaltzusammenhang. Dieser haushaltsinterne Umverteilungsprozess kann dazu führen, dass das Armutsrisiko über alle älteren Personen derzeit nicht steigt, obwohl die GRV-Zahlbeträge bei Neurentnern rückläufig sind. Bei unveränderter Haushaltsstruktur und einem entsprechend höheren Anteil allein lebender Älterer hätte die Armutsrisikoquote ansteigen können.

Veränderungen des Einkommensportfolios älterer Menschen haben ebenfalls einen Einfluss auf das Ausmaß des Armutsrisikos von Älteren. Insbesondere die Entwicklung der privaten Altersvorsorge ist dabei von Interesse, da mit den vergangenen Reformen der Alterssicherung ein Paradigmenwechsel hin zu mehr Eigenvorsorge stattgefunden hat.

Abbildung 5

Bevölkerungsanteil von älteren Menschen nach Haushaltstyp

1992-2009



Quelle: SOEP v26, Personen in Privathaushalten im Alter von 65 Jahren und mehr.

Für ältere Personen in den ersten beiden Quintilen der gesamtdeutschen Einkommensverteilung ist eine Rente der Gesetzlichen Rentenversicherung nach wie vor die zentrale Komponente ihres Haushaltsbruttoeinkommens. Im Zeitraum von 1994 bis 2009 verharrt diese auf einem Niveau von rund 81 Prozent (Abbildung 6). Der Stellenwert der GRV-Rentenzahlungen ist in dieser Periode über die gesamte Einkommensverteilung zwar rückläufig, dabei aber stark abhängig von der Position in der Einkommensverteilung. Während es in den unteren Quintilen nur marginale Rückgänge gab, ist der Anteil der GRV-Zahlungen am Haushaltsbruttoeinkommen für das oberste Quintil im gleichen Zeitraum von 58 Prozent auf 48 Prozent gesunken.

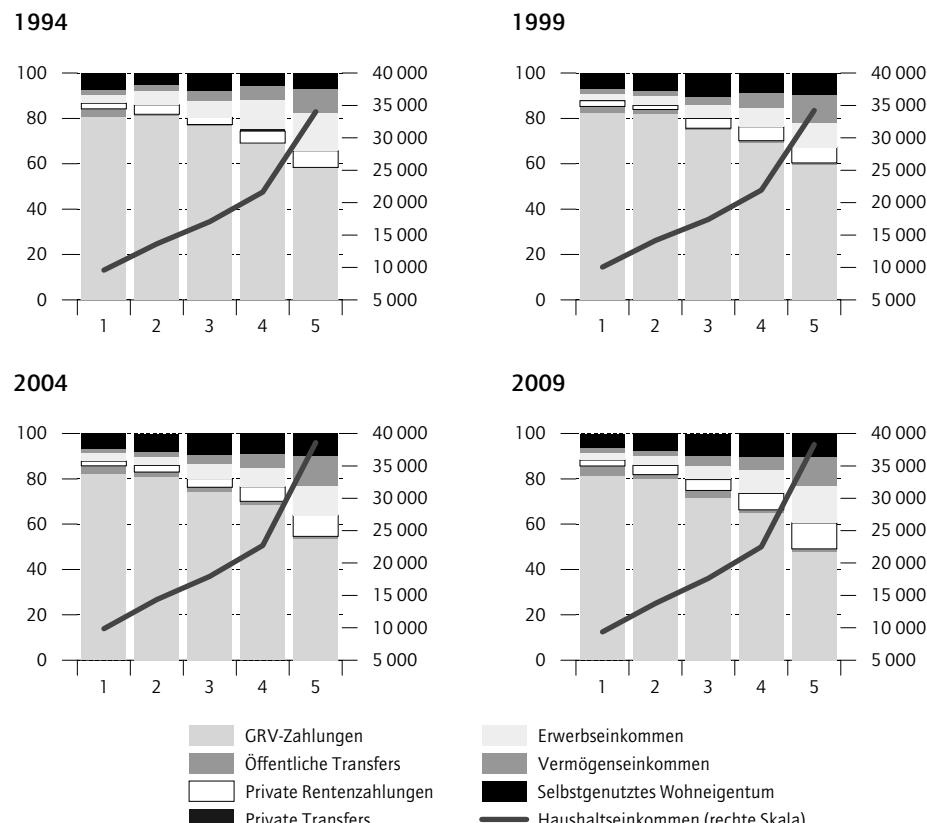
Die Abnahme der Bedeutung der GRV-Zahlungen insbesondere für die älteren Personen mit höheren Einkommen geht spiegelbildlich einher mit der Zunahme der Zahlungen aus der privaten Altvorsorge, zu der hier auch Betriebsrenten gezählt werden. So stieg der Anteil der privaten Rentenzahlungen im obersten Quintil von sieben Prozent auf über elf Prozent, während er im untersten Quintil bei rund 2,5 Prozent stagniert. Bei Berücksichtigung des gestiegenen Abstands zwischen den Einkommensmittelwerten der einzelnen Quintile zeigt sich eine enorme Zunahme in der Spreizung der mittleren Beträge aus der privaten Altvorsorge über die Einkommensverteilung (Abbildung 7).

Die Ungleichheit bei den privaten Rentenzahlungen ist viel höher als bei den Zahlungen aus der GRV. Im Gegensatz zur GRV ist hier die Ungleichheit in den letzten Jahren auch gestiegen. Die stärkste Ungleichheit findet sich aber weiterhin bei den Einkommen aus Vermögen. In den unteren beiden Quintilen liegt der Anteil am gesamten Haushaltsbruttoeinkommen im Jahr 2009

Abbildung 6

Höhe des Haushaltsnettoeinkommens und Portfoliostruktur nach**Quintilen für Personen ab 65 Jahren**

Ausgewählte Jahre



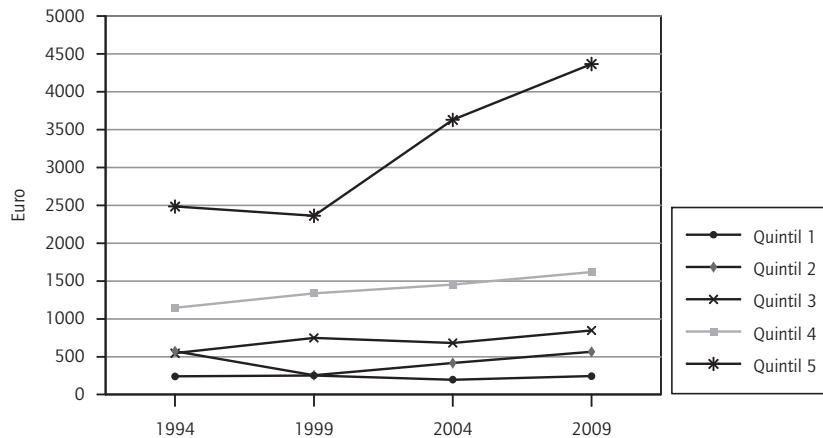
Quelle: SOEP v26, Personen in Privathaushalten im Alter von 65 und mehr Jahren.

um zwei Prozent (dies entspricht 200 bis 300 Euro), während er im obersten Quintil – trotz leichter Einbrüche aufgrund der aktuellen Finanzmarktkrise – bei über zwölf Prozent liegt (dies entspricht knapp 4 800 Euro).

Betrachtet man die verbleibenden Komponenten des Haushaltsbruttoeinkommens, so zeigt sich eine nur sehr geringe Bedeutung staatlicher Transfers für ältere Menschen als auch von empfangenen privaten Transfers (Abbildung 6). Eine erhebliche Bedeutung hat jedoch der Mietwert selbstgenutzten Wohneigentums, der zwischen sechs Prozent bis zehn Prozent des Haushaltsbruttoeinkommens aller Rentnerhaushalte ausmacht. Bei dieser Personengruppe kommt dem Wohneigentum die meiste Bedeutung zu, da in der Regel mit dem Eintritt in die Rentenphase Hypotheken zurückbezahlt sind und der volle Einkommensvorteil aus einer entschuldeten Immobilie gezogen werden kann. Für ältere Menschen führt daher die Berücksichtigung von selbstgenutztem Wohneigentum zu einer deutlichen Verringerung des Armutsrisikos. Auch Erwerbseinkommen tragen zum Haushaltsbudget bei. So findet sich ein Anteil von knapp 17

Abbildung 7

Durchschnittliche Höhe von privaten Renten nach Einkommensquintilen¹



1 Quintile bezogen auf das Haushaltsnettoeinkommen.

Quelle: SOEP v26, Personen in Privathaushalten im Alter von 65 und mehr Jahren.

Prozent an Erwerbseinkommen im obersten Quintil, die aus Erwerbstätigkeit eines jüngeren Haushaltsteilnehmers als auch aus Erwerbstätigkeit eines Rentners (zum Beispiel aus geringfügiger Beschäftigung) stammen kann. Der entsprechende Anteil ist über die Zeit hinweg in allen Einkommensquintilen nahezu gleichgeblieben.

4 Entwicklung der Nettovermögen und der Vermögensarmut

Um die Wohlfahrtsposition von älteren Menschen in Deutschland umfassend zu beschreiben, bedarf es neben der Analyse der Einkommenssituation auch einer Bestandsaufnahme der Vermögen. Im SOEP wurden in den Jahren 2002 und 2007 umfassend die Vermögen der privaten Haushalte erhoben. Hierbei wird nach folgenden Komponenten unterschieden: Immobilienbesitz, Geldvermögen in Form von Sparanlagen bei Banken, private Lebens- und Rentenversicherungen, Bausparvermögen, Betriebsvermögen sowie Wertsachen (wertvolle Sammlungen wie Kunst, Schmuck etc.). Darüber hinaus werden auch die Verbindlichkeiten erfasst, vorwiegend Hypotheken und Konsumentenkredite. Zieht man vom Bruttovermögen die Verbindlichkeiten ab, erhält man das verteilungsrelevante Nettovermögen. Nicht enthalten in diesem Vermögensbegriff ist der Wert des Haupts und von Fahrzeugen als auch Anwartschaften an die diversen Alterssicherungssysteme.⁷

Im SOEP werden zwar die Vermögen individuell erfasst, da aber die laufenden Einkommen in dieser Analyse nur auf der Haushaltsebene verfügbar sind und um eine bessere Vergleichbar-

⁷ Zur Relevanz von Anwartschaften an die Alterssicherungssysteme bei Vermögensanalysen vergleiche Frick et al. (2010).

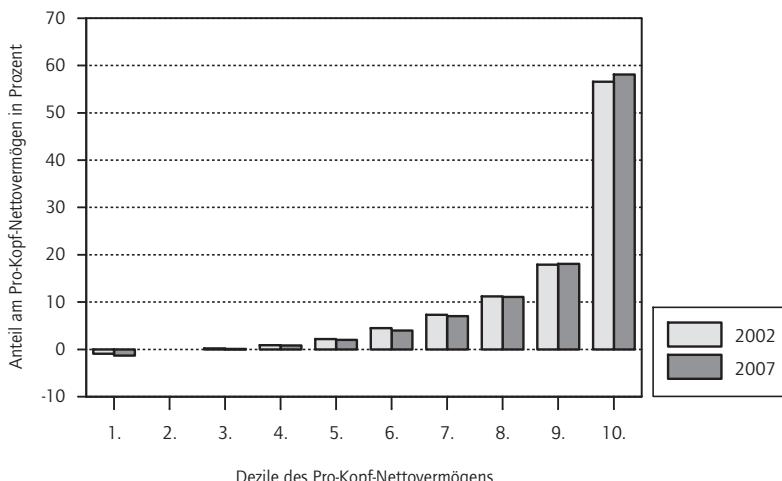
keit mit den Vermögen zu erzielen, werden diese im Folgenden als bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Vermögen ausgewiesen.

Die Pro-Kopf-Nettovermögen sind weit ungleicher verteilt als die laufenden verfügbaren Haushaltseinkommen (Abbildung 8). Das oberste Vermögensdezil hatte einen Anteil am gesamten Nettovermögen von nahezu 60 Prozent. Im Gegensatz dazu verfügte die untere Hälfte der Vermögensverteilung nur über ein Pro-Kopf-Vermögen von gerade einmal 1,6 Prozent. Zwischen 2002 und 2007 hat die Konzentration der Vermögen zugenommen.

Über den Lebenszyklus hinweg kommt es zu erheblichen Veränderungen in der Vermögenshöhe (Modigliani 1988) (Abbildung 9). Jungen Menschen steht bei Eintritt in das Erwerbsleben in der Regel nur ein geringes Pro-Kopf-Vermögen zur Verfügung. Dieses beläuft sich in der Gruppe der 25- bis 29-Jährigen in Westdeutschland auf etwas mehr als 25 000 Euro, in Ostdeutschland nur auf 10 000 Euro. Bis zum Renteneintritt (Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen) steigt das Nettovermögen kontinuierlich an und erreicht seinen vorläufigen Höchstwert mit knapp 140 000 Euro in West- und etwa 40 000 Euro in Ostdeutschland. Nach der Lebenszyklushypothese ist davon auszugehen, dass mit dem Eintritt in den Ruhestand Einkommensstückchen auftreten, die durch Entsparen ausgeglichen werden. Dies ist in der Tendenz aber nur bis zu der Altersgruppe der 75- bis 79-Jährigen zu beobachten, deren Vermögen sinkt in Westdeutschland auf gut 110 000 Euro, in Ostdeutschland ist ein Rückgang auf 30 000 Euro zu konstatieren (vgl. Frick et al. 2010). Überraschenderweise steigt für die Hochaltrigen (ab 80 Jahren) das durchschnittliche Pro-Kopf-Nettovermögen in Westdeutschland aber wieder deutlich an und erreicht Werte von knapp 160 000 Euro. Dieser Befund dürfte zum einen das Ergebnis unterschiedlicher Mortalität je nach sozialer Lage (Himmelreicher et al. 2008) als auch selektiven Remigrationsverhaltens sein. Als weitere Ursache kann angeführt werden, dass dies diejenigen Kohorten sind, die nach

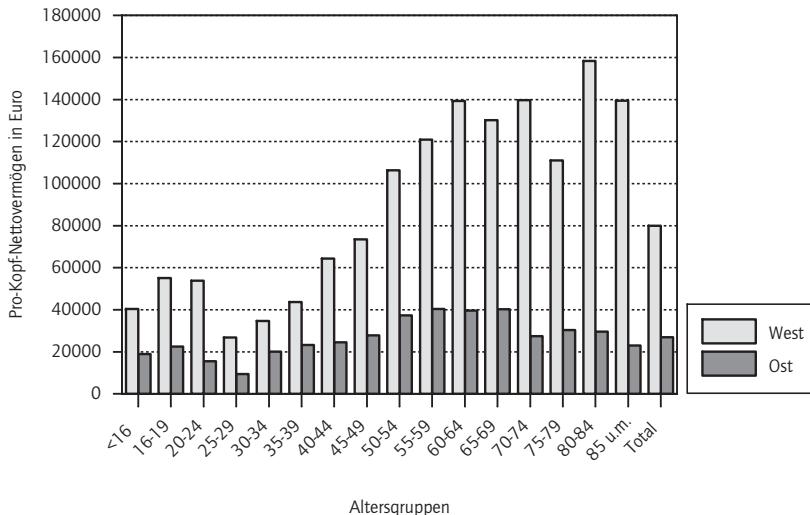
Abbildung 8

Verteilung der Pro-Kopf-Nettovermögen nach Dezilen



Quelle: SOEP v26, Personen in Privathaushalten.

Abbildung 9

Höhe der Pro-Kopf-Nettovermögen nach Alter und Region

Quelle: SOEP v26, Personen in Privathaushalten.

dem Zweiten Weltkrieg über durchgängige Erwerbskarrieren verfügten und kontinuierlich Vermögen aufbauen konnten. Nachfolgende Kohorten weisen demgegenüber ein erhöhtes Risiko für Erwerbsunterbrechungen aufgrund von Arbeitslosigkeit auf. Letztlich wird in der Literatur verstärkt die Annahme des Entsparens in Frage gestellt, da empirische Befunde eher auf ein weiteres Ansparen von Vermögen im höheren Lebensalter hindeuten (Börsch-Supan 2005).

Beim Vergleich der Vermögenshöhe zwischen den beiden Regionen ist zu beobachten, dass in Ostdeutschland durchweg das durchschnittliche Vermögen deutlich niedriger ausfällt als in Westdeutschland. Bei den Älteren ist dies vor allem der unterschiedlichen Bedeutung von privatem Kapital in den beiden Landesteilen vor der Wiedervereinigung geschuldet, da zum Beispiel der Besitz von Betriebsvermögen in privater Hand in der DDR nahezu ausgeschlossen war. Bei den Jüngeren wirkt sich die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit und ein weiterhin unterdurchschnittliches Einkommensniveau mit entsprechend reduzierten Möglichkeiten des Sparsen aus (Goebel et al. 2010).

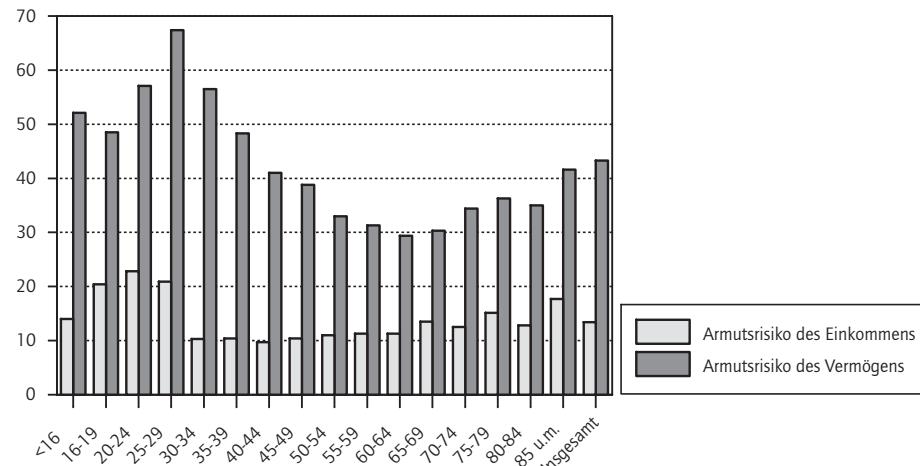
Basierend auf dem Pro-Kopf-Nettovermögen kann ebenfalls ein „Armutsrisko“ errechnet werden. Analog zum Einkommensarmutsrisiko wird das Armutsrisko beim Vermögen anhand einer relativen Armutsschwelle von 60 Prozent des Medians der Pro-Kopf-Nettovermögen bestimmt und lag in 2007 bei 12 300 Euro.⁸ Während das Armutsrisko beim Einkommen im Jahre

8 Im Gegensatz zur Armutsriskoquote beim Einkommen liegen keine allgemein verbindlichen Definition für Vermögensarmut vor. Alternative Ansätze zur Bestimmung des Armutsriskos beim Vermögen finden sich bei Caner und Wolff (2004). Zur sprachlichen Vereinfachung wird „Vermögensarmut“ im vorliegenden Text analog zur Einkommensarmut verwendet. Korrekt formuliert beschreibt „Vermögensarmut“ eine fehlende Kompensationsmöglichkeit des Armutsriskos gemessen ausschließlich durch laufende Einkommen.

Abbildung 10

Einkommensarmut¹ und Vermögensarmut² nach Altersgruppen

2007



1 Armutsschwelle bei 60 Prozent des Median der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen der Gesamtbevölkerung unter Verwendung der modifizierten OECD-Äquivalenzskala (exklusive Imputed Rent).

2 Relative Vermögensarmut auf Basis von weniger als 60 Prozent des Median der Pro-Kopf gewichteten Nettohaushaltsvermögen der Gesamtbevölkerung.

Quelle: SOEP v26, Personen in Privathaushalten.

2007 bei etwa 13 Prozent liegt, fällt der entsprechende Wert des Armutsrisikos beim Vermögen mit rund 43 Prozent erheblich höher aus und unterstreicht die weitaus ungleichere Verteilung der Vermögen im Vergleich zum Einkommen. Die Verteilung der Vermögensarmut über Altersgruppen hinweg ähnelt dem der Einkommensarmut (Abbildung 10); hohe Armutsrisiken liegen vor allem für junge Erwachsene vor, in den mittleren Altersgruppen findet sich ein eher unterdurchschnittliches Armutsrisiko, während im höheren Lebensalter das Armutsrisiko wieder ansteigt. Ein wichtiger Unterschied zeigt sich jedoch im Verlauf der beiden Kurven bei den 30- bis 64-Jährigen. Während Einkommensarmut leicht zunimmt, sinkt dagegen die Vermögensarmut kontinuierlich bis zu ihrem niedrigsten Punkt beim Renteneintrittsalter.

5 Einkommens- und Vermögensarmut – Eine Gesamtschau

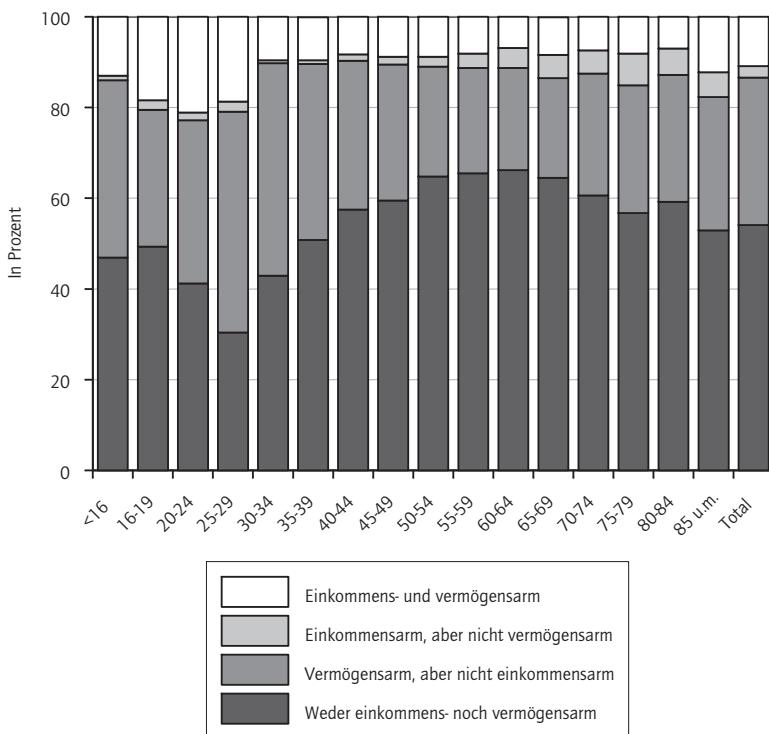
Die sozialpolitische Relevanz von Einkommensarmut im Alter ist umso höher, je weniger Vermögen zur Kompensation von Einkommensaustauschen bei Renteneintritt vorliegt. Auf Grund der sehr ungleichen Vermögensverteilung sind diese Kompensationsmöglichkeiten jedoch beschränkt. In Abbildung 11 wurde das Armutsrisiko bezogen auf das Haushaltsnettoeinkommen mit dem Armutsrisiko des Pro-Kopf-Nettovermögens kombiniert. Es lassen sich vier Gruppen je nach Armutsbetroffenheit unterscheiden: die Gruppe der weder Einkommens- noch Vermögensarmen, die Einkommensarmen, die aber nicht vermögensarm sind, die Vermögensarmen, die aber nicht

einkommensarm sind und letztlich die Einkommens- und Vermögensarmen. Die letztgenannte Gruppe hat einen Anteil an der gesamten Bevölkerung von gut zehn Prozent. Deren Anteil nimmt zwar rund um das Verrentungsalter den geringsten Wert mit weniger als sieben Prozent an, mit zunehmenden Alter steigt aber die Betroffenheit wieder an.

Sozialpolitisch unproblematisch ist offenkundig die Gruppe der weder Einkommens- noch Vermögensarmen; diese macht mehr als die Hälfte der gesamten Bevölkerung aus. Nach dem Renteneintritt findet sich ein überdurchschnittlicher Anteil von weder Einkommens- noch Vermögensarmen. Eine weitere sozialpolitisch unproblematische Gruppe stellen die Vermögens- aber nicht Einkommensarmen dar. Deren laufende Einkommen reichen zumindest aus, um diese über die Einkommensarmutsschwelle zu heben. Immerhin rund ein Drittel der Gesamtbevöl-

Abbildung 11

Betroffenheit von Einkommens¹ und Vermögensarmut² nach Altersgruppen 2007



1 Armutsschwelle bei 60 Prozent des Median der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen der Gesamtbevölkerung unter Verwendung der modifizierten OECD-Äquivalenzskala (exklusive Imputed Rent).

2 Relative Vermögensarmut auf Basis von weniger als 60 Prozent des Median der Pro-Kopf gewichteten Nettohausvermögen der Gesamtbevölkerung.

Quelle: SOEP v26, Personen in Privathaushalten.

kerung ist zu dieser Gruppe zu zählen, wenngleich unter den oberen Altersgruppen eher unterdurchschnittliche Bevölkerungsanteile zu konstatieren sind.

Aus sozialpolitischer Sicht sind aber die Einkommensarmen vorrangig von Interesse. Deren Bevölkerungsanteil belief sich 2007 auf 13,4 Prozent. Die Einkommensarmen werden dominiert von der Gruppe der Einkommens- und Vermögensarmen, denn mehr als 80 Prozent der Einkommensarmen sind gleichzeitig auch vermögensarm. Gemessen an der Gesamtbevölkerung beläuft sich deren Anteil auf 10,8 Prozent. Lediglich ein Fünftel der Einkommensarmen können auf nennenswertes Vermögen zurückgreifen, das oberhalb der Vermögensarmutsschwelle liegt. Deren Anteil an der Gesamtbevölkerung beläuft sich auf weniger als drei Prozent. Diese Gruppe findet sich vorrangig im höheren Lebensalter. Nach dem Renteneintritt beläuft sich deren Bevölkerungsanteil immerhin auf mehr als fünf Prozent.

Hierbei ist aber zu beachten, dass zum einen Vermögen aus schwer liquidierbaren Vermögensbeständen wie Immobilien bestehen kann und zum anderen nur einmal zur Schließung von Einkommenslücken verwendet werden kann. Nach Auszehrung des Vermögens kann dann eine Bedürftigkeit im Sinne der Anspruchsberechtigung für die Grundsicherung im Alter vorliegen.

6 Fazit

Das Armutsrisko ist in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren für die Gesamtbevölkerung deutlich angestiegen. Während relative Einkommensarmut unter älteren Menschen zu Beginn der 90er Jahre noch überdurchschnittlich häufig vorkam, zeigt sich am aktuellen Rand, dass das Risiko für ältere Paarhaushalte derzeit auf einem unterdurchschnittlichen Niveau und das der alleinlebenden Älteren nur auf einem leicht überdurchschnittlichen liegt. Dieser Befund ist vor dem Hintergrund der sinkenden Zahlbeträge von Neurentnern der GRV erstaunlich, da dieses Einkommen immer noch den zentralen Pfeiler der Alterssicherung in Deutschland bildet. Andere Einkommenskomponenten – insbesondere die der privaten Absicherung – haben in den vergangenen Jahren nur langsam an Bedeutung gewonnen und hierbei vor allem nur am oberen Rand der Einkommensverteilung. Eine wesentliche Ursache für das insgesamt leicht unterdurchschnittliche Armutsrisko der älteren Bevölkerung in Deutschland ist in der sich ändernden Haushaltsstruktur zu sehen. Während Anfang der 90er Jahre nur etwas mehr als jeder zweite Ältere in einem Paarhaushalt lebte, ist dieser Anteil auf fast zwei Drittel angestiegen. Unterstellt man eine unveränderte Einkommenssituation, bewirkt diese veränderte Haushaltstruktur ein sinkendes Armutsrisko, da vermehrt ein haushaltsinterner Umverteilungsprozess wirken kann, bei dem fixe Kosten auf nunmehr zwei Personen verteilt werden können.

Erweitert man die einkommensbezogene Analyse um das private Vermögen, so zeigt sich, dass mit dem Lebensalter auch das zur Verfügung stehende Nettovermögen deutlich ansteigt und im höheren Lebensalter – zumindest in Westdeutschland – seinen Höchstwert erreicht. Eine Kombination der beiden ökonomischen Größen Einkommen und Vermögen zeigt, dass zumindest in der Gruppe der älteren Menschen ein nennenswerter Teil zwar einkommensarm, aber nicht vermögensarm ist. Das Problem der Altersarmut liegt damit bei einem etwas kleineren Teil der älteren Bevölkerung vor, als dies die Analysen zur Einkommensarmut suggerieren. Insgesamt sind knapp elf Prozent der Gesamtbevölkerung sowohl einkommens- als auch vermögensarm.

Die Darstellung der Einkommensportfolios von Älteren macht deutlich, dass nach wie vor für den unteren Teil der Einkommensverteilung die Zahlungen aus der GRV den Hauptbestandteil des Einkommens ausmachen. Die bisherige Verbreitung der privaten Alterssicherung deutet auf keinen Bedeutungszuwachs bei ärmeren Rentnern/innen hin, die entstehenden Lücken in der Altersvorsorge aufgrund der abnehmenden Bedeutung der GRV können damit zumindest derzeit nicht geschlossen werden. Vielmehr zeigt die empirische Analyse, dass die Verteilungswirkung der Zahlungen aus der privaten Alterssicherung eher ungleichheitssteigernd ist, da vor allem Personen der oberen Einkommenshälfte solche Einkommen beziehen.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung von Lücken im Erwerbsverlauf und längeren Ausbildungsdauern unter den derzeitigen Erwerbspersonen ist davon auszugehen, dass das Phänomen der Altersarmut in Zukunft wieder an Bedeutung gewinnen wird (Geyer und Steiner 2010). Neben den rückläufigen Zahlbeträgen einer GRV-Rente bei Neurentnern deutet auch die zunehmende Zahl der Empfänger von Grundsicherungsleistungen darauf hin, dass das Risiko für Altersarmut zunimmt. Dem kann eine weitere Veränderung der Haushaltsstrukturen hin zu mehr Paarhaushalten zum Teil entgegen wirken, dies wird aber das grundsätzliche Problem eines generell absinkenden Rentenniveaus in Verbindung mit sinkenden Anwartschaften für breite Teil der Erwerbsbevölkerung nur mildern können. Auch der weitere Ausbau der privaten Alterssicherung löst nicht die grundlegende Problematik des Schutzes vor Altersarmut, da insbesondere private Rentenverträge – wie die Riesterrente – vor allem von Personen am oberen Rand der Einkommensverteilung in Anspruch genommen werden. Diese Form der Alterssicherung ist gerade bei denjenigen unterdurchschnittlich verbreitet, die diesen Pfeiler der Alterssicherung besonders nötig hätten (Pfarr und Schneider 2011). Es bedarf daher mittelfristig wirkender Reformen im Bereich der Alterssicherung, die nachhaltig das Risiko von Altersarmut reduzieren. Neben einer Weiterentwicklung der GRV hin zu einer Erwerbstätigengesicherung (Gesprächskreis Sozialpolitik 2008) kann hierbei auch an weitergehende Reformmodelle wie zum Beispiel eines universellen Alterssicherungssystems mit allgemeinen Versicherungspflicht in der GRV in Kombination mit einer Mindestrente oberhalb des Niveaus der Grundsicherung gedacht werden (Meinhardt und Grabka 2009).

Literaturverzeichnis

- Atkinson, T., B. Cantillon, E. Marlier und B. Nolan (2002): *Social Indicators. The EU and Social Inclusion*. Oxford.
- Becker, I. (2010): Bedarfsbemessung bei Hartz IV zur Ableitung von Regelleistungen auf der Basis des „Hartz-IV-Urteils“ des Bundesverfassungsgerichts. WISO Diskurs. Friedrich Ebert Stiftung, Bonn.
- Börsch-Supan, A. (2005): Risiken im Lebenszyklus: Theorie und Evidenz. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 6 (4), 449–469.
- Caner, A. und E. N. Wolff (2004): Asset poverty in the United States, 1984–99: Evidence from the panel study of income dynamics. *Review of Income and Wealth*, 50 (4), 493–518.
- Deutsche Rentenversicherung Bund (2010): Rentenversicherung in Zeitreihen. DRV-Schriften. Bd. 22.
- Frick, J. R., M. M. Grabka und R. Hauser (2010): *Die Verteilung der Vermögen in Deutschland. Empirische Analysen für Personen und Haushalte*. Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 118. Berlin, Edition Sigma.

- Gesprächskreis Sozialpolitik (2008): Erwerbstätigenversicherung Ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Wiso Diskurs. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Oktober.
- Geyer, J. und V. Steiner (2010): Künftige Altersrenten in Deutschland: relative Stabilität im Westen, starker Rückgang im Osten. *Wochenbericht des DIW Berlin*, Nr. 11/2010, 1–11.
- Goebel, J., R. Habich und P. Krause (2010): Ost-West-Angleichung von Einkommen und Zufriedenheit im Lebenszyklus. In: P. Krause und I. Ostner (Hrsg.): *Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990–2010*. Frankfurt/New York, Campus, 463–491.
- Goebel, J. und P. Krause (2007): Gestiegene Einkommensungleichheit in Deutschland. *Wirtschaftsdienst*, 87 (12), 824–832 (DOI: 10.1007/s10273-007-0740-z).
- Grabka, M. M. und J. R. Frick (2010): Weiterhin hohes Armutsrisko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen. *Wochenbericht des DIW Berlin*, Nr. 7/2010, 2–11.
- Himmelreicher, R. K., D. Sewöster, R. Schulz und A. Schulz (2008): Die fernere Lebenserwartung von Rentnern und Pensionären im Vergleich. *WSI Mitteilungen*, 5, 274–280.
- Meinhardt, V. und M. M. Grabka (2009): Grundstruktur eines universellen Alterssicherungssystems mit Mindestrente. Diskussionspapier des Gesprächskreises Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Modigliani, F. (1988): The Role of Intergenerational Transfers and Life Cycle Saving in the Accumulation of Wealth. *The Journal of Economic Perspectives*, 2 (2), 15–40.
- Peichl, A., N. Pestel und H. Schneider (2010): *Does Size Matter? The Impact of Changes in Household Structure on Income Distribution in Germany*. SOEPpapers 280, DIW Berlin.
- Pfarr, C. und U. Schneider (2011): Anreizeffekte und Angebotsinduzierung im Rahmen der Riester-Rente: Eine empirische Analyse geschlechts- und sozialisationsbedingter Unterschiede. *Perspektiven für Wirtschaftspolitik*, 12 (1), 27–46.
- Statistisches Bundesamt (2010): Statistisches Jahrbuch 2010. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2011a): Sozialleistungen – Sozialhilfe – Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. 4. Kapitel SGB XII. Empfängerinnen und Empfänger. Insgesamt, nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit – Zeitreihe. www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Sozialleistungen/Sozialhilfe/Grundsicherung/Tabellen/Content100/GeschlechtDeutschNichtDeutsch,templateId=renderPrint.psml
- Statistisches Bundesamt (2011b): Sozialleistungen – Sozialhilfe – Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. 4. Kapitel SGB XII. Empfängerinnen und Empfänger. Altersgruppen und Quote – Zeitreihe. www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Sozialleistungen/Sozialhilfe/Grundsicherung/Tabellen/Content50/InsgesamtQuoteAltersgruppenJahre,templateId=renderPrint.psml